

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala (48)

Es sind zwei Fotos, die eine ganze Geschichte erzählen. Auf dem ersten unterschreiben Mc Aleenan, US Sekretär für die „Homeland Security“ und Degenhardt, Innenminister Guatemalas, einen Vertrag im Oval Office. Der Gesichtsausdruck Degenharts ist versteinert, viele interpretieren ihn als unterwürfig, war er doch zusammen mit Morales noch vor wenigen Tagen von Trump zu Unrecht verdächtigt worden, diese Unterschrift eigentlich gar nicht zu wollen, als der fragte: „...oder stecken sie selbst hinter dem Verfassungsgericht¹, damit unsere Vereinbarung scheitert?“ (s.u.). Hinter ihnen steht Trump mit Bulldoggen-Gesicht, das keinerlei diplomatische Höflichkeit ausstrahlt sondern unverhohlen zu drohen scheint, („Legst Du den Kulli ab, wirst Du sehen, was Dir blüht“) und scheint sie keine Sekunde aus den Augen zu lassen. Auf dem zweiten Foto hebt Degenhardt beflissen das gerade unterschriebene Dokument hoch zum stehenden Trump, wie zum Beweis, dass er tatsächlich unterschrieben hat. Es sind Fotos, die eine ganzes Land erniedrigen und das Verhältnis zwischen „Freunden“, wie Trump später sagen wird, eher als gewalttätig beschreibt; nur dass Degenhardt mit Sicherheit kein Opfer ist sondern das ganze Land gemeint ist. Trump wird diesen Vertrag vom 26. Juli, den er neun Tage vorher eigentlich selbst mit Morales unterschreiben wollte, Minuten später als „historische Vereinbarung zum politischen Asyl und sicheren Drittland“ feiern und fährt damit seinen „Freunden“ Morales und Degenhardt in die Parade, die diese Unterschrift über einem offenen Etikettenschwindel zu retten versuchen und behaupten, dass es sich gerade nicht um die Vereinbarung zu Guatemala als sicheres Drittland handelt.

Anfang des Monats war langsam durchgesickert, dass Morales und Trump gerade das vereinbaren wollten. Morales wies das weit von sich, aber selbst sein Kabinett bestätigte Verhandlungen, die ganz offensichtlich geheim und unter Ausschluss der Öff-

entlichkeit stattfanden. Für Morales waren sie die ideale Möglichkeit, für sich und seine Familie Straffreiheit² (und möglicherweise ein von den USA protegiertes Asyl) garantieren zu lassen, während Trump diese Vereinbarung dringend für seinen Wahlkampf braucht nach dem Motto: „Die Demokraten lassen mich die Mauer nicht bauen, aber die hab ich jetzt in Guatemala errichtet.“ Der Vertrag verpflichtet Guatemala, unabhängig von ihrem Herkunftsland, alle diejenigen aufzunehmen, die in den USA Asyl suchen; und das unabhängig davon, ob sie diesen Antrag auf US-Boden oder von Mexiko aus gestellt haben. Man rechnet mit 200'000 Deportierten, die Guatemala aufnehmen müsste, ein Land, das nicht einmal seinen EinwohnerInnen das garantieren kann, was es jetzt nach internationalem Recht den Flüchtlingen gewähren müsste. Einige warnen vor einer enormen humanitären Krise, andere reden von Konzentrationslagern in Guatemala.

Auch mit Mexiko hatte Trump verhandelt, aber es war ungleich schwieriger ein Land wie Mexiko und einen Präsidenten wie López Obrador zum nationalen Offenbarungseid zu zwingen. Auch der musste unter der Drohung der USA, Einfuhrzölle auf mexikanische Waren zu erheben, bittere Pillen schlucken und verpflichtete sich, 6000 Soldaten der gerade gegründeten Nationalgarde an die Grenze zu Guatemala zu schicken zur „Kontrolle der Migration“. Gleichzeitig eröffnete Mexiko aber Verhandlungen mit Guatemala, El Salvador und Honduras, um eine „geordnete Migration“ und vor allem bessere Bedingungen in den Herkunftsländern zu erreichen, um Migration zu verhindern; am 27. Juli unterschrieben Mexiko und Honduras eine Vereinbarung zur Schaffung von 20'000 Arbeitsplätzen in Honduras. Aber Mexiko weigerte sich ausdrücklich, sich zum sicheren Drittland machen zu lassen. Das ist jetzt Guatemala.

Es ist der vorläufige Höhepunkt in einer Kampagne, in der die Obama-Doktrin für Mittelamerika (mehr Entwicklung, mehr Demokratie, weniger Migration)

¹ Näheres zu dem Urteil siehe unten. Dem Gericht lagen mehrere Verfassungsbeschwerden vor, u.a. eine früherer Aussenminister.

² Erinnern wir uns, dass ihm nicht nur mehrere Strafverfahren wegen illegaler Parteienfinanzierung drohen, sondern sein Cousin, sein Bruder und sein Sohn wegen Korruption vor Gericht stehen.

gekippt und der Multilateralismus (UNO, CICIG etc.) neutralisiert werden sollen.³

Wie gesagt, am 15. Juli wollten Trump und Morales diese Vereinbarung selbst unterschreiben, mussten den Akt aber absagen, da das Verfassungsgericht (CC) Guatemalas, welches das Land systematisch gegen seinen Präsidenten verteidigen muss, Morales diese Verhandlungen zwar nicht untersagte, ihn aber daran erinnerte, dass internationale Verträge dieser Art VOR der Unterschrift vom Kongress absegnet werden müssen. Und das war ein Problem für Morales; erstens hat er kaum noch Zeit im Amt und zudem waren die USA über die Absage des Termins vom 15. Juli wütend. Trump braucht das „sichere Drittland“ und damit die guatemaltekische Mauer jetzt für seinen Wahlkampf. Und zum zweiten braucht Morales schnell und viel Bargeld, um zu garantieren, dass auch die nicht wiedergewählten Abgeordneten ihm den Willen tun, für die Vereinbarung zu stimmen, um zu verhindern, dass das Verfassungsgericht sie suspendiert; jetzt nach den Wahlen ist seine Kriegskasse eher leer.

Aber es lohnt sich, noch einmal einen Blick auf die Reaktion der USA nach der Absage zu werfen. Die Drohungen wurden gewalttätig und erniedrigend, „unter Freunden“, versteht sich. „Wir haben Euch mit Millionen unterstützt, das ist jetzt vorbei.“ Es wurden Zölle angedroht auf guatemaltekische Waren und – und das war besonders wichtig – Steuern auf die „Remesas“, also das Geld, das die in den USA arbeitenden Guatemaltekinnen nach Hause schicken; das waren 2018 ca. 9,3 Milliarden (!) US-Dollar, 13.3% mehr als im Vorjahr. Die Remesas liegen damit über dem jährlichen Steueraufkommen Guatemalas und repräsentieren 11.3 % seines Bruttozialproduktes und damit seine wichtigste Devisenquelle. Dazu erklärte Trump, dass er nicht glaube, was seine „Freunde“ vorbrachten, dass nämlich das Verfassungsgericht (CC) die Vereinbarung vom 15.

³ Jahrelange Lobbyarbeit vor der einflussreichen Rechten der Republikaner, Verleumdungskampagnen gegen die CICIG und der Wechsel der Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem eingeschlossen, und die Bereitschaft das Land zu Füßen der US-Interessen zu legen, haben letztlich erreicht, dass Trump und die von den Antikorruptionsverfahren bedrohten Eliten Guatemalas strategisch übereinstimmen.

Juli gestoppt habe (s.o.). Das sei nicht wahr und interessiere ihn auch nicht. Der Diskurs der letzten Jahre, der zur Vermeidung von Migration noch auf eine Stärkung der jeweiligen Verfassungssysteme setzte war endgültig verschwunden; Trump selbst stachelte jetzt Morales zum Verfassungsbruch an.

Der CACIF war sofort zur Stelle und nannte nicht Trump oder Morales sondern die CC verantwortungslos und bestand auf der sofortigen Unterzeichnung des Abkommens. Jede seiner Kammern war alarmiert. „Uns droht der Untergang... lasst uns die Flüchtlinge aufnehmen. Ist doch kein Problem.“ Als Antwort tauchten einige Plakate auf, die den Unternehmern ironisch dankten, dass sie ihre Riesenwohnungen in den Luxuszonen jetzt für Flüchtlinge öffnen wollten.

In der Zwischenzeit waren Degenhart und seine Kollegin vom Aussenministerium für Tage in den USA verschwunden. Es waren die Tage, in der sie am Etikettenschwindel arbeiteten. „Nein, es ist kein Vertrag zum sicheren Drittland, nur eine routinemässige Vereinbarung zur Migration; die braucht den Kongress nicht, auch wenn wir 200'000 Flüchtlinge aufnehmen.“ Deswegen unterschrieben auch nur die Minister und nicht mehr Trump und Morales; aber Trump liess es sich nicht nehmen, dass dies in seiner Gegenwart und in seinem Büro geschah, auch wenn das ein völlig unübliches Vorgehen ist. Es handelt sich eben nicht um eine routinemässige Absprache unter Ministern, sondern um einen verbindlichen Vertrag zwischen Staaten, den die CC noch wird bewerten müssen, zumal auch die Frage der formellen Bevollmächtigung Degenharts noch völlig offen ist.

Damit obliegt dem Verfassungsgericht erneut eine letztlich politische Entscheidung.⁴ Auf juristischer Ebene sieht die Sache relativ einfach aus. Der Vertrag vermeidet in seinem im Vergleich zur Version vom 15. Juli geänderten Text die Worte „sicheres Drittland“, aber faktisch geht es genau darum:

⁴ In der Woche der einstweiligen Verfügung zum sicheren Drittland hatten sie noch zwei weitere brisante Anordnungen erlassen: Zum einen stoppten sie den absurden Direktkauf zweier argentinischer Flugzeuge durch den Präsidenten (siehe Notizen 47) und zum anderen suspendierte sie vorläufig die Konzession zum Nickelabbau der CGN in Estor am Izabal-See.

Guatemala erklärt sich verantwortlich, die aufzunehmen, die in den USA Asyl suchen und garantiert ihnen Sicherheit und Aufnahme⁵. Der Vertrag verstösst damit gegen die einstweilige Anordnung des Verfassungsgerichts vom 14. Juli.

Die entscheidende Frage aber ist, ob 4 von 5 VerfassungsrichterInnen, die die ganzen Eliten gegen sich haben (Haftandrohungen eingeschlossen), wirklich dem Imperium trotzen können? Die feige und zynische Vereinbarung von Morales und Degenhart mit Trump ist ein Skandal und wird Guatemala in eine weitere humanitäre Krise stürzen – auch wenn der Vertrag erst einmal nur für zwei Jahre gilt. Aber das ist nichts im Vergleich zu einem Staat, der sich gerade mit Hilfe seiner politischen Eliten selbst abschafft.

Von dem Kandidaten und der Kandidatin, die am 11. August zur Stichwahl um das Präsidentenamt antreten, ist da auch nichts zu erwarten. Allerdings hat die AEU, das ist die Studentenvertretung der staatlichen Universität USAC, im Rahmen ihres Streiks auf dem Campus zu verschiedenen Fragen auch die MUSAC, ein Museum der Uni in der Innenstadt, besetzt. Es war durchgesickert, dass der Kongress die MUSAC am 31. Juli für eine ausserordentliche Sitzung nutzen wollte, möglicherweise um dem Präsidenten grünes Licht für den Vertrag zu geben und das Verfassungsgericht auszutricksen. Nach der Besetzung der MUSAC verlegte der Kongress seine Sitzung in ein Hotel, aber auch hier kam die Sitzung wegen fehlenden Quorums erst einmal nicht zu stande.

Miguel Mörth

P.S. Aber es gibt auch gute Nachrichten. Die Betreiber der Mine San Rafael, Pan American Silver, waren in Vancouver 2018 verurteilt worden wegen eines bewaffneten Angriffs ihre Sicherheitskräfte auf einen friedlichen Protest des Xinca-Volkes am 27. April 2013; es hatte mehrere Schwerverletzte durch Schussverletzungen gegeben. Ein Jahr vorher hatte die CC in Guatemala die Arbeiten der Mine suspendiert, da vor Aufnahme der Arbeiten keine

Volksbefragung durchgeführt wurde, wie es der Vertrag 169 der OIT vorschreibt. Gegen diese Entscheidung der CC gibt es eine schon zwei Jahre währende millionenschwere Medienkampagne, mit der sie alle Rechtsverletzungen leugnen und das Unternehmen zynisch als soziale Einrichtung beschreiben. Das mussten sie jetzt für ein paar Tage unterbrechen, um dem Urteil aus Vancouver Genüge zu tun. Die Firma musste sich beim Xinca-Volk für den bewaffneten Angriff entschuldigen.

⁵ Guatemala tut das ausserdem ohne jede klärende Klausel zur Bezahlung der entsprechenden Kosten.